

Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, die unter Bruch der Beschlüsse der —» *Antihitlerkoalition* zur Bildung eines imperialistischen Separatstaates aus den drei westlichen Besatzungszonen und zur Spaltung Berlins führte. Die gemeinsamen Beschlüsse der Großmächte der Antihitlerkoalition, insbesondere das —» *Potsdamer Abkommen*, ermöglichten und forderten eine koordinierte Politik der Alliierten zur Vernichtung von Faschismus, Imperialismus und Militarismus und zur Sicherung der demokratischen Umgestaltung in ganz Deutschland. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurden diese Beschlüsse unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei gemeinsam mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften konsequent verwirklicht. In den westlichen Besatzungszonen dagegen betrieben die imperialistischen Westmächte und Kreise des deutschen Monopolkapitals unter Mißachtung der Lebensinteressen des deutschen Volkes und unter offenem Bruch der gemeinsamen Festlegungen der Alliierten eine Politik, die das Ausscheiden Deutschlands aus dem imperialistischen Lager verhindern und die Schaffung eines einheitlichen und demokratischen Staates vereiteln sollte. Nachdem alle Versuche gescheitert waren, die imperialistischen Ziele in ganz Deutschland durchzusetzen, begannen die Kräfte der Reaktion mit ihrer Politik der separaten Zusammenfassung der westlichen Besatzungszonen, die über die Bizone (Abkommen vom 2. 12. 1946, in Kraft getreten ab 1. 1. 1947), den bizonalen Wirtschaftsrat (1947), die Trizone und die separate Währungsreform in den Westzonen (1948) zur Konstituierung der —» *Bundesrepublik Deutschland* führte (7. 9. 1949). Dieser Akt erfolgte ohne jegliche demokratische Legitimation, unter Mißachtung des Selbstbestim-

mungsrechtes des deutschen Volkes. Der Hauptinhalt der imperialistischen Spaltungspolitik bestand in der wirtschaftlichen, politischen und schließlich militärischen Einbeziehung der BRD in das vom USA-Imperialismus geführte und gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten gerichtete imperialistische Paktsystem und in der völligen Restauration der Macht des Monopolkapitals in der BRD.

Am 7. 10. 1949 schufen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten unter Führung der SED die —» *Deutsche Demokratische Republik*. Eine Staatsmacht der Arbeiter und Bauern war unerlässlich, um den im östlichen Teil Deutschlands eingeleiteten einheitlichen revolutionären Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus konsequent weiterzuführen. Die Gründung des Arbeiter-und-Bauern-Staates war auch die einzig mögliche Antwort auf die aggressive Politik, die von der imperialistischen Bourgeoisie mit der S. verfolgt wurde.

Sparsamkeitsprinzip: Prinzip der sozialistischen Wirtschaftsführung, das auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus verlangt, vergegenständlichte und lebendige Arbeit, materielle und finanzielle Mittel sparsam einzusetzen, um das geplante Ergebnis mit minimalem Aufwand bzw. mit einem gegebenen Aufwand ein höchstmögliches Resultat zu erreichen. Das —* *ökonomische Grundgesetz des Sozialismus* schließt ein, die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Volkes durch ein hohes Entwicklungstempo der Produktion, durch Aufwandssenkung und Effektivitätserhöhung, insbesondere durch die Nutzung der Resultate des wissenschaftlich-techni-